

«Kein einzig Volk von Brüdern mehr»



Monika Roth: «Früher wurde den Menschen gesagt, sie sollten fürs Alter sparen. Derzeit müsste man ihnen raten, dass sie ihr Geld möglichst rasch ausgeben sollten.»

Bild Pius Amrein

NATIONALFEIERTAG Die Schweiz leide an einer Vertrauenskrise, sagt Dozentin Monika Roth. Ausgerechnet die Langsamkeit der Politik stimmt sie zuversichtlich.

INTERVIEW FABIAN FELLMANN
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch

Monika Roth, am 1. August feiern wir den Geburtstag «des einzig Volk von Brüdern», das die Eidgenossen laut Friedrich Schiller 1291 beschworen. Heute scheint diese Einheit in Gefahr, zwischen Bürgern und Eliten öffnet sich eine tiefe Kluft. Warum?

Monika Roth: Das erfüllt mich mit Besorgnis. Viele sind überfordert von den Entwicklungen wie Klimaveränderung, Zuwanderung, Digitalisierung des Lebens. Die Nachhaltigkeit und die Verlässlichkeit unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts sind in Frage gestellt. Dazu kommt die heutige Nullzinspolitik. Früher wurde den Menschen gesagt, sie sollten fürs Alter sparen. Derzeit müsste man ihnen raten, dass sie ihr Geld möglichst rasch ausgeben sollten: In einigen Jahren dürfte es seinen Wert ohnehin weitgehend verloren haben.

Dabei basiert unsere ganze Altersvorsorge darauf, dass angespartes Geld eine Rendite abwirft und den Lebensstandard im Alter sichert. Der gesellschaftliche Vertrag zwischen den Generationen bei der AHV wird damit ebenfalls unsicher. Viele Menschen fühlen sich als Spielball grösserer Mächte, vor allem der Finanzmärkte, die keinen Bezug mehr haben zu dem, was «die kleinen Leute» erleben.

Die nächste Krise bahnt sich bei den Banken in Italien an. Obwohl nach der Finanzkrise anderes versprochen wurde, dürfen auch sie auf Staatshilfen hoffen.

Roth: Das sind eigentlich Signale der Unfähigkeit und der Unverantwortlichkeit; den Bürgern hingegen werden die Vorgänge als Naturereignisse verkauft. Wer kann ernsthaft darüber erstaunt sein, dass die italienischen Banken in Schwierigkeiten stecken? Und wer kann ernsthaft behaupten, nicht gewusst zu haben, dass

Griechenland finanzielle Probleme bekommen würde? Ein Land, in dem seit Jahrzehnten jeder, der ehrlich seine Steuern zahlt, nur der Dumme ist? Statt die Konsequenzen daraus zu ziehen, wurden die Bürger belogen. Daraus entstand bei vielen der Eindruck, dass Politik fundamental aus Lügen bestehe, aus Ausnahmen von den Ausnahmen, und dass eine Stabilität vorgegaukelt wird, die nicht existiert. Und es gibt kaum einen Lebensbereich, der von der Vertrauenskrise nicht erfasst würde.

Das trägt zur wachsenden Kluft zwischen Bürgern und Elite bei, wie sich bei mehreren Volksabstimmungen zeigte, etwa in der Annahme der Abzockerinitiative.

Roth: Die Kluft hat sich seit den 1980er-Jahren geöffnet. Ich denke etwa an die Amerikanisierung unserer Wirtschaft. Eine grössere Kluft hat sich aufgetan zwischen den Angestellten und den Chefs: Einerseits verdienen viele Menschen mit ihrer Arbeit nicht mehr genug Geld, um ein angemessenes Leben zu führen, andererseits berufen sich gewisse Manager auf ihre angeblichen Leistungen, um horrenden Boni zu kassieren. Heute wird diese Kluft verstärkt. Wir sind in einer Phase der Transformation in der Wirtschaft, welche die Arbeitsplätze von weniger Qualifizierten gefährdet. Hinzu kommt die starke Einwanderung von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, welche hier ein neues Zuhause suchen. Das ergibt eine explosive Mischung, die Verunsicherung auslöst und dazu führt, dass wir nicht mehr ein einzig Volk von Brüdern und Schwestern sind.

Wurde die wirtschaftliche Elite zu Recht dem Generalverdacht des Abzockertums ausgesetzt?

Roth: In der Debatte geht bisweilen unter, dass sich viele Unternehmer wie gute Patrons verhalten. Insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen nehmen viele Firmeneigentümer ihre wirtschaftliche und soziale Verantwortung wahr. Aber diejenigen, welche die öffentliche Wahrnehmung vornehmlich bestimmen, sind jene Manager, die vor allem den eigenen Nutzen verfolgen. Die Wirtschaft als Ganzes bezieht dazu ungenügend und unkritisch Stellung. In der Schweiz wehren sich Wirtschaftsverbände und grosse

Unternehmen oft gegen Kritik, indem sie eine Front bilden und sich gegenseitig in Schutz nehmen. Die heftige Reaktion der Gesellschaft wäre ausgeblieben, wenn sich die Exponenten der Wirtschaft gemässiger verhalten hätten.

Ähnliche Kritik wie die Wirtschaftsführer trifft auch die politische Elite. Ihr wird vorgeworfen, abgehoben zu sein. Zu Recht?

Roth: Nach den letzten Wahlen auf Bundesebene stürzten sich die bürgerlichen Parteien in Grabenkämpfe mit den linken und den grünen Kreisen. Das ist nicht nachhaltig. Eine wirkliche Bewegung, die zu einem Konsens führt darüber, wie die Schweiz und ihre Rolle in der Welt in der Zukunft aussehen sollen, ist nicht auszumachen. Ich bin relativ illusionslos, was die Politik angeht. Auch hier stellt sich die Vertrauensfrage: Wie mit Parteispenden, wie mit Interessenkonflikten und wie mit Transparenzregeln umgegangen wird, überzeugt nicht. Viele Lobbyisten legen ihre Mandate nicht offen; auch einigen Politikern fällt das Erkennen von Interessenkonflikten schwer. Der Eindruck von Unbestechlichkeit entsteht so nicht.

Die Bundesparlamentarier müssen in Zwischen Mandate in Firmen und Vereinen offenlegen. Der politische Betrieb ist transparenter geworden, ebenso das Geschäftsgebaren börsenkotierter Firmen. Trotzdem scheint diese Entwicklung das Vertrauen der Bürger nicht zu stärken. Warum?

Roth: Transparenzvorschriften sind nur ein Teil dessen, was Vertrauen in das System schafft. Wenn die Vorschriften strenger werden, gewinnen informelle Kontakte an Bedeutung; so ist der Mensch. Letztlich kommt es auf die Gradlinigkeit des Einzelnen an. Zudem überfordert die Flut an offengelegten Informationen viele Menschen. Die Information allein nützt noch nichts; man muss sie verarbeiten und einordnen können. Damit sind viele überfordert. Wichtig wäre es, dass die Bürger sich informieren und sich mit den Informationen aktiv und kritisch befassen. Das ist ein wichtiges Erfordernis für die Meinungsbildung und das Entstehen von Vertrauen in die Institutionen. Als Professorin an der Hochschule Luzern fällt mir leider auf, dass sogar vielen Studienabgängern die Kompetenz fehlt, sich mit längeren Texten vertieft auseinanderzusetzen.

Vertrauen wird gefördert durch Transparenz, Verlässlichkeit und Konstanz. Wie steht es darum in der Politik?

Roth: Eine gewisse Konstanz entsteht allein dadurch, dass die Gesetzgebung beim Bund sehr langsam ist. Diese Langsamkeit wird zwar oft kritisiert, aber sie hat auch ihre Vorteile, weil sie transparente und freie Meinungsbildungsprozesse zulässt. Dies wiederum führt dazu, dass Entscheidungen auf einem grösseren Konsens beruhen und daher nachhaltiger und verlässlicher sind. Das stimmt mich zuversichtlich für die Schweiz.

Die Verlässlichkeit der Schweiz ist aber angekratzt. Sie beugte unter dem Druck der USA ihr Recht arg und gab schliesslich das Bankgeheimnis für Ausländer ganz auf.

Roth: Ja. Die Verlässlichkeit des Schweizer Rechtssystems hat bei der Aufarbeitung des Bankgeheimnisses Schaden genommen. Die Schweizer Banken haben den USA ihre Kunden und auch ihre Angestellten sehr schnell ausgeliefert. Es war ihnen völlig egal, ob deren Rechte gewahrt blieben. Für viele Bankangestellte ist in der Konsequenz klar geworden, dass sie von ihrem Arbeitgeber nicht in jedem Fall Loyalität erwarten können und dass sie nicht mehr davon ausgehen dürfen, dass ihr Arbeitgeber immer seine Fürsorgepflichten wahrnimmt.

Wie liesse sich das Vertrauen wieder herstellen?

Roth: Es braucht gute und integre Köpfe. Sie machen den Unterschied aus, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft. Wir brauchen Persönlichkeiten, die für positive Veränderungen stehen, die als Vorbild gelten und von denen wir wissen, dass wir auf sie zählen können. Sie müssen Entscheidungen fällen, die nachvollziehbar sind, und sie müssen diese begründen. Das funktioniert nur, wenn die Involvierten ihre eigenen Interessen nicht in den Vordergrund stellen und gleichzeitig bereit sind, sich zu exponieren und unangenehme Debatten zu führen. Sie müssen willig sein, auch gegen die Mehrheit zu reden. Das braucht Mut, Kraft und Durchhaltevermögen. Was die Wirtschaft angeht, so muss sie sich wieder als Teil der Gesellschaft verstehen.

In Kleinststaaten wie der Schweiz ist es einfacher, ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Ist es auch in der grösser gewordenen Schweiz noch möglich?

Kritische Stimme

MONIKA ROTH ffe. Die Baselbieterin Monika Roth (65) ist Professorin der Hochschule Luzern, an der sie einen Studiengang für Compliance des Instituts für Finanzdienstleistungen in Zug leitet. Sie hat ein Advokaturbüro in Binningen und ist nebenamtliche Strafrichterin im Kanton Basel-Landschaft. Roth ist Autorin mehrerer Bücher zu Fragen der Compliance und der sozialen Verantwortung von Unternehmen. Das jüngste beleuchtet die Intransparenz im Schweizer Kunstmarkt.

Roth: Ja. Natürlich fasst man von Angesicht zu Angesicht schneller Vertrauen. Aber es existiert auch ein kollektives Vertrauen. Es beruht auf der Erfahrung, dass die Exponenten des Systems glaubwürdig sind, weil sie sagen, was sie tun, und tun, was sie sagen. Das erzeugt ein Urvertrauen. Dieses Wissen wird über Generationen gesammelt und weitergereicht.

«Wir müssen mit Einwanderern über die Spielregeln reden, die bei uns gelten.»

Gelingt es uns in der Schweiz, das zu verbessern?

Roth: Die grösste Herausforderung besteht darin, dass wir in einer von Diversität geprägten Gesellschaft in der Schweiz leben. Viele Menschen aus vielen verschiedenen Staaten sind in unser Land zugewandert. Da ist es viel schwieriger, gemeinsame, kohärente Wertvorstellungen zu erreichen. Ich bin besorgt, wenn etwa in Deutschland eine Mehrheit der Türken in einer Umfrage angibt, sie lebe nach den Regeln ihrer Heimat. Das macht den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehr viel schwieriger und verlangt nach stärkerer Einbindung der Einwanderer und nach Dialog: Wir müssen mit ihnen über die Spielregeln reden, die bei uns gelten, und diese durchsetzen. Wer sich etwa nicht an unsere Grundrechte und die grundlegenden Verhaltensregeln halten will, der soll die Schweiz wieder verlassen müssen. Das ist für mich ein wichtiger Aspekt der Integration. Denn dieses «einzig Volk von Brüdern» muss auf gemeinsamen Werten und von allen akzeptierten und gelebten Regeln beruhen. Das heisst nicht, dass alles zementiert bleiben muss: Wir sollen auch offen sein für andere Ansichten.